

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 304

25. Feb. 2004

10. Jahrgang

Öl im Dschungel

Nachspiel einer journalistischen Recherche

Vor rund drei Jahren (¡Fijáte! 231/ 31. März 2001) veröffentlichten wir eine Reportage von Andreas Boueke über die Machenschaften der BASIC RESOURCES im Petén und Alta Verapaz. Was seither in den betroffenen Gemeinden geschehen ist und wie es seinem damaligen Informanten, dem Bauer und Hühnerzüchter Cristobal Pérez ergangen ist, beschreibt Boueke im folgenden Artikel. Wir danken dem Autor für die Abdruckerlaubnis des Artikels und des Interviews mit Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales.

Am 26. November 2000 explodierte für die einflussreiche Ölfirma BASIC RESOURCES eine publizistische Bombe. Die guatemaltekische Zeitung *el Periódico* veröffentlichte auf ihrer Titelseite einen Bericht über verschmutzte Bohrlöcher in der Umgebung der Urwaldgemeinde Rubelsanto. Eine mehrseitige Fotoreportage deckte die Ausbreitung von Ölteppichen im Dschungel auf. Daraufhin berichteten auch europäische Medien über die Ölpest, die sich jahrelang unbemerkt ausgebreitet hatte.

Verursacher dieser Verschmutzung waren Firmen wie Elf Aquitaine und Hispan Oil, die während der achtziger Jahre in Rubelsanto nach Öl gebohrt hatten. Doch als BASIC RESOURCES später die Förderungskonzessionen übernahm, musste sich die Firma vertraglich dazu verpflichten, alte Umweltbelastungen zu säubern. Aber die Jahre vergingen und niemand kümmerte sich um den giftigen Dreck. Die Bürokraten in dem zuständigen *Ministerium für Energie und Minen* drückten beide Augen zu. Das konnten sie sich leisten, weil die Ölindustrie und das Ministerium in Guatemala eng miteinander verquickt sind. Zum Beispiel ist die Leiterin der Umweltabteilung der grössten Ölfirma, Mireya Achila, die Schwester von Raul Achila Serrano, dem ehemaligen Energieminister und hoher Funktionär von SHELL. Der Onkel der beiden Geschwister, Jorge Serrano Elías, war einer der korruptesten Präsidenten (1991-1993) der kurzen demokratischen Geschichte Guatemalas. Solche familiären und ökonomischen Verstrickungen gehören zum politischen Alltag in Mittelamerika. So war es für BASIC RESOURCES ein leichtes, die Verschmutzung einfach zu ignorieren.

Natürlich sind auch die Beziehungen zwischen den Geschäftsleuten der Medienlandschaft und den Ölmagnaten bestens. Zum Beispiel ist Antonio Minondo, der derzeitige guatemaltekische Geschäftsführer der grössten Ölfirma, Grossaktionär von *Siglo XXI*, einer der wichtigsten Tageszeitungen. In diesem Blatt also wird man vergeblich nach kritischen Berichten über die Ölindustrie suchen.

Als die Redaktion der Zeitung *el Periódico* den Mut aufbrachte, Fotos von Öllachen im Urwald zu veröffentlichen, reagierten die Verantwortlichen von BASIC RESOURCES hektisch und drastisch. Hunderte Arbeiter wurden eingestellt und Dutzende Maschinen in den Regenwald geschafft, um die

Verschmutzung zu beseitigen. Die monatelang andauernden Aufräumarbeiten verschlangen Millionensummen. Nach Verhandlungen mit dem Energieministerium und einer deutlichen Verschärfung der Naturschutzkontrollen kam es zu personellen Veränderungen bis in die Geschäftsführung von BASIC RESOURCES. Wenig später verkaufte der US-amerikanische Energiekonzern ANADARKO PETROLEUM COOPERATION seine Mehrheitsanteile an dem Unternehmen. Heutiger Betreiber ist der französische Ölmulti PERENCO.

Für die BewohnerInnen des Urwalddorfes Rubelsanto bedeuteten diese Ereignisse eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenssituation. Ihr Grundwasser war seit über einem Jahrzehnt durch Öl verseucht worden. Die Menschen litten an Krankheiten und Mückenplagen, ihre landwirtschaftliche Produktion und die Tierwirtschaft waren beeinträchtigt. Nach der Säuberung verbesserte sich die Gesundheitslage deutlich. Der Ertrag der Ernten stieg. Bei den Aufräumarbeiten bekamen viele Männer der Region zumindest zeitweilig eine Anstellung. Einer jedoch wurde nie berücksichtigt. Im Gegenteil, der Familienvater Cristobal Pérez erhielt zahlreiche Morddrohungen. Es kursierten Gerüchte, auf seinen Kopf sei eine hohe Belohnung ausgesetzt worden. Einen Anschlag überlebte er schwer verletzt. Seine älteste Tochter wurde vergewaltigt. Schliesslich musste er Rubelsanto verlassen, um andernorts den kargen Lebensunterhalt seiner Familie zu verdienen.

Wie konnte es dazu kommen, dass ein mittelloser Mann wie Cristobal Pérez zu einem einflussreichen Gegner der grossen Ölfirma geworden war? Wieso überhäufte ihn der Konzern plötzlich mit Vorladungen und Gerichtsterminen? Er hatte kein Verbrechen begangen, nichts Unrechtes getan. Er hatte nur die Wahrheit gesagt. Er hatte es gewagt, Umweltverbrechen öffentlich zu machen. In einem Land wie Guatemala wird solche Zivilcourage nicht belohnt.

Im Sommer 2000 sprach Cristobal Pérez in einem kurzen Interview von der Verschmutzung im Regenwald. Damals wusste er noch nicht, dass diese Aussagen sein Leben verändern würden. "In der Nähe vom Bohrloch 102 gibt es ein überschwemmtes Ölbecken," schimpfte er da-

mals. "Es liegt versteckt im Wald. Die Chefs aus der Hauptstadt kommen nie dorthin. Während der Regenzeit wird das Öl überall hingespült. Das Flusswasser wird verseucht. Leute, die flussabwärts wohnen, trinken das Wasser. Aber die Verantwortlichen vom Umweltschutz kümmern sich nicht darum."

In den Tagen nach dem Interview half Don Cristobal bei den Recherchen zur Aufdeckung der Ölpest. Hätte er das nicht getan, wäre es wohl bis heute nicht zu den Aufräumarbeiten an zahlreichen Stellen im Regenwald gekommen. "Ich bin sehr stolz auf das, was ich getan habe. Ich habe diese Möglichkeit, etwas für meine Gemeinde und mein Land zu tun, gerne genutzt. Ich würde es heute wieder tun, denn an den Konsequenzen der Verschmutzung leiden vor allem die Kinder."

Wäre Don Cristobal nicht der entscheidende Informant gewesen, hätte sich der Ölkonzern wahrscheinlich Millionensummen sparen können. Zwei Jahre lang wurden riesige Mengen Sand bewegt, tonnenweise ölbundene Chemikalien eingesetzt und grossflächig verseuchter Urwaldboden abtransportiert. Tausende Bäume wurden gepflanzt. Die Tiere des Urwalds kehrten zurück. Doch Cristobal Pérez musste für diese Erfolge einen hohen persönlichen Preis zahlen. "Anfangs hatte ich grosse Angst. Ich wurde immer wieder bedroht. Mir blieb nichts anderes übrig, als mich an den Ombudsmann für Menschenrechte und die Kommission der Vereinten Nationen zu wenden. Dort bekam ich wertvolle Unterstützung. In der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft hingegen wurde mir gesagt, ich hätte mich halt nicht auf einen Streit mit einem millionenschweren Konzern einlassen sollen. Sie meinten, ich sei selber Schuld an der Bedrohung."

Das Amt des Ombudsmannes für Menschenrechte in Guatemala ist eine staatliche Institution, die jedoch unabhängig von der Regierung arbeitet und aus dem Ausland finanziert wird. Ihr Leiter, der Ombudsmann Sergio Morales, hat nur wenig Einfluss auf politische Entscheidungen, in Einzelfällen aber kann er öffentlichkeitswirksam auf Korruption und Umweltverbrechen aufmerksam machen. So konnte er auch Cristobal Pérez helfen, wodurch er ihm womöglich das Leben gerettet hat.

Der Kleinbauer musste das Dorf Rubelsanto verlassen, aber seine Frau und seine vier Kinder wohnen noch immer dort. "Wenn ich zu Besuch nach Hause komme, habe ich weiterhin grosse Angst," sagt Cristobal Pérez. "Ich fürchte, jemand könnte kommen, um mich zu töten. Sie haben es ja schon einmal versucht."

Doña Reyna, die Frau von Cristobal Pérez, hat sich in Rubelsanto mit einem kleinen Geflügelhandel eine Lebensgrundlage aufgebaut. "Aber ich weiss nicht, wie lange wir noch hier bleiben werden. Wir haben Angst vor den Leuten der Ölfirma," sagt sie. "Sie lassen uns nicht in Ruhe und reden schlecht über uns. Trotzdem denke ich, es war gut so. Die Firma hat viel in die Säuberung investieren müssen. Deshalb sind die Chefs hier vor Ort so wütend auf Cristobal. Doch eines Tages muss jeder mal sterben. Wenn man stirbt, weil man die Wahrheit gesagt hat, dann ist das gut so."

Von seinen NachbarInnen bekommt Cristobal Pérez nur wenig Unterstützung. Zwar freuen sie sich darüber, dass ein Teil der Verschmutzung beseitigt worden ist, doch viele trauen sich nicht, in der Öffentlichkeit mit Cristobal Pérez gesehen zu werden. In der Region ist der Einfluss der Ölfirma grösser als der der Polizei oder staatlicher Behörden. So bringen nur wenige BewohnerInnen von Rubelsanto den Mut auf, über weitere verschmutzte Flächen zu sprechen. Einige berichten im Schutz der Dunkelheit, dass die Bagger der Firma längst nicht alles saubergemacht haben. Einer der Bauern sagt: "In der Umgebung der Produktionsanlage liegen immer wieder tote Tiere, vor allem Vögel. Das Gas in der Luft und das Öl auf dem Boden richten viel Schaden an."

In der Produktionsanlage fliesst Öl aus allen Bohrlöchern der Region durch Pipelines zusammen. Von der Strasse aus kann man sehen, wie an der Spitze eines etwa vierzig Meter hohen Turms Tag und Nacht giftiges Gas abgefackelt wird. Vor zwei Jahren hat die Firma eine Mauer gebaut, um die Anlage vor neugierigen Blicken zu schützen. Doch wer sich auf den Weg durch den Dschungel macht, kann unbemerkt bis zur Mauer vordringen. Erst geht es einen steilen Hügel hinab durch ein Gestrüpp tropischer Pflanzen. Kleine Echsen, die wie erstarrt auf grossen grünen Blättern liegen, schauen den Eindringlingen hinterher. Am Fuss des Hügels geht es weiter über ein Feld, auf dem einige magere Rinder grasen. Schon hier riecht die Luft deutlich nach Gas und Öl. Ein paar hundert Meter weiter muss man durch ein sumpfiges Gebiet waten. Das Wasser reicht bis zu den Knöcheln. Danach beginnt erneut ein Gestrüpp voller Dornen, Lianen und Insekten, diesmal aber ist kein Tier zu sehen, kein Vogel zwitschert. Im Licht der aufgehenden Sonne glänzen die Pfützen auf dem Boden in öligen Farben. Der Bauer bricht einen Ast ab und steckt ihn tief in den Boden. Als er ihn herauszieht, ist der Ast schwarz wie Asphalt. Aus dem Loch dringt ein beissen-

der Ölgestank. "Dieser Schmutz ist schon seit Jahren hier. Nie hat sich jemand darum gekümmert."

Fünf Meter von der Mauer der Anlage entfernt tut sich ein etwa dreissig Quadratmeter grosses Loch auf, randvoll mit altem, hartem Öl. "Dieses Becken wurde vor langer Zeit mit Öl gefüllt," erinnert sich der Bauer. "Der Regen hat die Verschmutzung über eine grosse Fläche ausgebreitet. Die Mauer wurde erst vor kurzem gebaut. Dabei hat bestimmt jemand das alte Becken gesehen, aber es wurde nicht sauber gemacht. Natürlich habe ich Angst, hier zu stehen. Das Gas ist gefährlich. Die von der Firma verbieten es den Leuten, hierher zu kommen. Wenn uns einer der Wächter sieht, könnten wir Probleme bekommen. Mit uns armen Bauern machen die reichen Geschäftsleute, was sie wollen. Unser Schicksal ist denen völlig egal. Aber irgendjemand muss ja was sagen. Sonst wird diese Ölverschmutzung nie beseitigt."

Die Ölindustrie in Guatemala wird mehr und mehr zu einem der einflussreichsten Machtfaktoren innerhalb der Gesellschaft. Solange sich die Politik mehr für gute Beziehungen zu ausländischen Investoren als für eine Bewahrung der ökologischen Schätze des Landes interessiert, können Firmen wie PERENCO weitgehend ungestört schalten und walten. In dieser Situation sind engagierte Menschen wie Cristobal Pérez Sand im Getriebe, die mit Hilfe der Medien und internationaler Solidarität punktuell Erfolge erzielen können.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75**

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

**Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg**

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

"Wer die Ölindustrie kritisiert, bringt sich in Gefahr."

Das staatliche Amt für Menschenrechte in Guatemala und dessen Vorsitzender, Dr. Sergio Morales, Ombudsmann für Menschenrechte, gelten als engagierte Verfechter der Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit. Sergio Morales macht immer wieder Korruptionsfälle innerhalb der Regierung öffentlich und kritisiert die Privilegien grosser Konzerne.

Frage: Das touristisch attraktive Land Guatemala ist bekannt für seinen biologischen Reichtum. Doch wie wichtig nimmt die guatemaltekische Gesellschaft den Umweltschutz?

Sergio Morales: Die nationale Politik wird vorwiegend von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Ökologische Themen bleiben meist aussen vor. Ich habe viele Gespräche mit verschiedenen WirtschaftsministerInnen geführt, in denen immer wieder deutlich wurde, dass sie sich fast ausschliesslich für Investitionen und ein schnelles wirtschaftliches Wachstum interessieren. Alles andere wird weitgehend ignoriert. So werden wertvolle, gesunde und stabile Ökosysteme zerstört, um Platz zu machen für die Aktivitäten grosser, transnationaler Konzerne. Das Geschäft mit dem Rohöl ist nur ein Beispiel unter vielen.

Frage: Wie ist die Beziehung zwischen dem guatemaltekischen Staat und der Ölindustrie?

S. M.: Die Regierung gibt den Ölfirmen sehr viele Handlungsfreiheiten und Vorteile. Deshalb ist es attraktiv für sie, hier zu investieren. Die ausländischen Konzerne brauchen sich nicht wirklich um einen angemessenen

Schutz der Umwelt zu kümmern, obwohl in Guatemala einer der letzten tropischen Regenwälder der Welt existiert. Der Urwald ist sensibel und leicht verwundbar. Auf Grund der unsichtbaren Verschmutzung sterben viele Vögel noch kilometerweit entfernt von den Bohrlöchern. Das Problem mit dem Öl sind nicht nur die Lecks und die Öllachen, sondern auch das Gas, das bei der Förderung freigesetzt wird. Meiner Meinung nach war die Beziehung zwischen der Regierung und den Ölfirmen auch deshalb immer so gut, weil sich die staatlichen Stellen nie um eine strikte Umweltpolitik bemüht haben.

Frage: Wie gefährlich ist es für Menschen, die im Regenwald leben, konkrete Fälle von Verschmutzung in ihrem Umfeld öffentlich zu machen?

S. M.: In unserem Land ist es immer ein Risiko, illegale Handlungen zu denunzieren. Wer die Ölindustrie kritisiert, begibt sich in Gefahr. Trotzdem leisten einige Nichtregierungsorganisationen in diesem Bereich wertvolle Arbeit.

Einzelpersonen vor Ort hingegen haben meist nur wenige Kommunikationsmöglichkeiten. Wer sich dort gegen die Interessen der Ölfirmen stellt, ist auf sich allein ge-

stellt und geht ein hohes Risiko ein. Solche Leute werden manipuliert, eingeschüchtert, bedroht und in einigen Fällen auch ermordet. Es ist wichtig, dass darüber gesprochen wird. Die ganze Welt muss davon erfahren, damit diese Dinge gestoppt werden können.

Frage: Was tun Sie als Ombudsmann für Menschenrechte, wenn Sie Informationen über Verschmutzungen erhalten?

S. M.: Wir geben die Informationen sofort weiter an das *Ministerium für Energie und Minen*. Dann inspizieren wir den Ort. Wenn sich herausstellt, dass es sich um ein kriminelles Delikt handelt, schalten wir die Staatsanwaltschaft ein. Die muss sich dann darum bemühen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Frage: Sollte ihrer Meinung nach in Guatemala weiter nach Öl gebohrt werden?

S. M.: Der biologische Reichtum Guatemalas wird von der Ölindustrie bedroht. Deshalb halten wir Ölbohrungen nur dann für angemessen, wenn sie unter striktester Einhaltung von Umweltschutzauflagen durchgeführt werden. In diesem Land existieren viele andere Möglichkeiten, die natürlichen Reichtümer zu nutzen.

Haushaltsführung aktuell

Guatemala, 11. Feb. Im vierten Jahr in Folge präsentiert die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) ihren Bericht über den *Monitoring*-Prozess über die Bewegungen im nationalen Haushalt. Der vorliegende, der die erste Hälfte des Januars 2004 betrachtet, weist einige sehr spezielle Momente auf. Eines davon ist die Tatsache, dass der Kongress, dessen Amtszeit gerade schloss, offensichtlich weder Interesse noch Willen hatte, einen Etat für 2004 zu verabschieden. Das hatte zur Folge, dass der Haushalt von 2003, mit allen Mängeln, die er zeitigte - darunter ein hohes Defizit - erneut Gültigkeit hat (vgl. ¡Fijáte! 300).

Zweites besonderes Moment besteht darin, dass die neue Regierung laut GAM zwar mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen sowohl bei den GuatemaltekenInnen als auch von Seiten der internationalen Gemeinschaft geniesst. Dennoch bleibt der Autoritarismus des Militärs und anderer realer Machtfaktoren bestehen, die nicht bereit sind, irgendeinen Machtbereich abzugeben.

Hervorzuheben sind einige der insgesamt 82 getätigten Überweisungen: Am meisten begünstigt wurde einmal mehr das Ver-

teidigungsministerium, dessen Etat am Tag vor der Regierungsübergabe um 100 Mio. Quetzales auf Q 1'050 Mio. anstieg. Q 2,7 Mio., die ins Bildungsministerium flossen, stammen aus dem Gesundheitsministerium - so wurde allein im Sozialen Sektor umverteilt. Ähnlich sieht es im Agrarministerium aus, das den Etat des *Sekretariats für Landeigentum* vollständig übernommen hat, welches offenbar schlicht aufgelöst wurde.

Angesichts des geerbten Budgetlochs hat Präsident Berger bereits die ersten Sparmassnahmen eingeleitet. Ziel ist, 30% der öffentlichen Ausgaben einzusparen. So entliess er zum Ende Februar wegen Ineffizienz dreizehn im Ausland stationierte guatemaltekische BotschafterInnen, reduzierte in verschiedenen Ministerien Personal und rief dazu auf, keine Leute mehr mit einem Vertrag 0-29 (zeitlich begrenzt, wurde gerne dafür missbraucht, Leuten ohne klar definierten Auftrag einen Regierungsjob zu vermitteln) anzustellen. Weiter versprach Berger, nach dem 25. Februar sowohl den seit 2002 auf Eis gelegten Steuerpakt wie auch die Umsetzung der Friedensabkommen als Prioritäten in seine Amtsführung aufzunehmen.

Transparenz über die Geschäfts- und Haushaltsführung soll eine neu kreierte Internetseite des Finanzministeriums garantieren, auf der alle von der Regierung vergebenen Aufträge öffentlich ausgeschrieben werden sowie sämtliche Geldgeschäfte des Finanzministeriums einsehbar sein sollen.

Für Besorgnis hinsichtlich der Haushaltsverpflichtungen der neuen Regierung sorgt dagegen eine der ersten Aktionen Bergers, mit der die Direktbesteuerung von Handelsgeschäften (IEMA) aufgehoben wurde, was einen jährlichen Verlust an Steuereinnahmen von 2,4 Mrd. Quetzales bedeutet. Befürchtet wird, dass dafür die indirekten Steuern (Mehrwertsteuer und Zölle) angehoben werden, was vornehmlich die Bevölkerung belasten wird.

Grosszügig ist Berger auch gegenüber den ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) und gar bereit, Staatseigentum wie Flug- oder Schiffshäfen zu privatisieren, um die versprochenen Entschädigungszahlungen auszuführen. "Und wenn ich den *Parque Central* der Hauptstadt verkaufen muss, ihr bekommt euer Geld", versprach er den 4'000 protestierenden Ex-PAC.

Ein erster Fehltritt von Oscar Berger?

Guatemala, 19. Feb. Die Ernennung der 22 GouverneurInnen durch Präsident Oscar Berger hat in der Zivilgesellschaft einzelner Departements Unmut ausgelöst. Auf die Ermunterung von Berger hin, und sich auf das Gesetz zur Dezentralisierung stützend, fanden regionale Auswahlverfahren zur Nominierung von "WunschkandidatInnen" statt. In vielen Fällen waren dies Personen, die sich durch beruflichen bzw. politischen Einsatz in der Region ausgezeichnet haben und ein gewisses Ansehen in der Bevölkerung geniessen. Allgemein wurden diese Auswahlverfahren als eine demokratische Öffnung gelobt und als ein Zeichen für das zunehmende Interesse und die Partizipation der organisierten Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen gewertet.

In Sololá forderten über 50 lokale Frauenorganisationen explizit, dass die einzige kandidierende Frau als Gouverneurin ernannt werde. Ihre Begründung: Männer hätten lange genug öffentliche Posten bekleidet, es sei nun an der Zeit, dass Frauen an den Entscheidungsprozessen teilnahmen.

Verschiedene VertreterInnen der

regionalen Entwicklungsräte forderten im Vorfeld der Ernennung den Präsidenten auf, die Vorschläge der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen und ernst zu nehmen, um damit auch das Ansehen und die Glaubwürdigkeit öffentlicher Institutionen zu stärken.

Gross war dann die Überraschung und Frustration, als Berger am 9. Februar die Namen der von ihm designierten GouverneurInnen bekannt gab. Laut Berger wählte er die KandidatInnen aufgrund ihres Charismas, ihrer Verwurzelung und Anerkennung im Departement, ihrer akademischen Karriere und ihrer Dialogbereitschaft aus. Weiter sollten sie möglichst einer der Parteien angehören, die die Regierungsbündnis GANA bilden. So erstaunt es nicht, dass viele enge MitarbeiterInnen der Wahlkampagne von Berger, diverse Kongressabgeordnete der GANA, sowie Angehörige der guatemaltekischen Handelskammer unter den neuen GouverneurInnen sind.

In diversen Departements (u.a. Escuintla, Alta- und Bajaverapaz, Chiquimula, Chimaltenango, Huehuetenango, Sololá und Suchitupéquez) protestierten die in den Entwicklungsräten vertrete-

nen Nichtregierungsorganisationen gegen das Ernennungsverfahren. Der Präsident habe sich über die Zivilgesellschaft lustig gemacht, indem er sie zuerst zur Beteiligung aufgefordert und sich danach über ihre Vorschläge hinweggesetzt habe, hiess es in einer gemeinsam veröffentlichten Presseerklärung. Aus Escuintla wurde ihm zusätzlich vorgeworfen, seine Wahlversprechen sehr schnell vergessen zu haben, derweil es im Departement Alta Verapaz hiess, Berger habe das Gesetz bezüglich der lokalen Entwicklungsräte verletzt. Seitens einiger Indígenaorganisationen wurde die Ernennung der GouverneurInnen zusätzlich als rassistisch verurteilt, in Alta Verapaz wird von den Indígena-vertreterInnen gar in Betracht gezogen, juristisch gegen die Ernennung einiger GouverneurInnen vorzugehen.

Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass es Departements (z.B. Jalapa und Zacapa) gibt, in denen die Bevölkerung zufrieden ist mit der Ernennung "ihres" bzw. "ihrer" GouverneurIn und die Hoffnung besteht, durch diese Personen regionale Interessen und Bedürfnisse an die Regierung zu kanalisieren.

Portillo auf der Flucht

Guatemala, 19. Feb. Anfang Februar verkündete der Oberste Gerichtshof (CSJ), einer von mehreren gegen den Ex-Präsidenten Alfonso Portillo eingereichten Klagen stattzugeben. Angestrebt hatte diese José Rubén Zamora, Direktor der Tageszeitung *el Periódico*, im Zusammenhang mit einer illegalen Durchsuchung seines Privathauses im Juni 2003 (siehe ¡Fijáte! 302).

Auch die Schlinge im Korruptionsfall *Conexión Panamá* zog sich in den letzten Wochen immer enger um den Hals von Portillo, den ehemaligen Vizepräsidenten Francisco Reyes López und andere in den Fall involvierte ehemalige Staatsangestellte. Die Sache wurde immer offensichtlicher, so dass sich das guatemaltekische Verfassungsgericht schliesslich gezwungen sah, provisorisch die Immunität von Portillo und Reyes López aufzuheben, welche sie dank ihres Beitritts zum Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN) geniessen. Damit ist der Weg frei, um den Ex-Präsidenten und seine Korruptionshelfer wie gewöhnliche BürgerInnen vor Gericht zu stellen und für ihre Macheschaften während der letzten vier Jahre zur Verantwortung zu ziehen.

Dazu ein Auszug aus dem Leitartikel der Tageszeitung *Siglo XXI*: "Keine 18 Stunden nachdem ihm die Immunität

entzogen wurde, war Portillo auf der Flucht. Informationen belegen, dass der ehemalige Mandatsträger die Grenze zwischen Guatemala und El Salvador am Mittwoch, 18. Februar, früh um 6 Uhr, in T-Shirt und mit Baseball-Kappe überschritt, vermutlich, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. Doch seine Absicht bestand nicht darin, auf salvadorianischem Boden zu verweilen, sondern von hier aus einen Flug nach Mexiko zu nehmen, wo er sich seither wohl aufhält.

Auf diese Weise, wie ein Dieb in der Dunkelheit, entwichte Alfonso Portillo, der in den letzten Tagen seiner Amtszeit lauthals verkündete, niemals zu gehen und bereit sei, gar sein „Leben zu geben, um das Volk zu verteidigen“. Das Merkwürdige ist, dass, Minuten, bevor Staatsanwalt de León Argueta in einer Pressekonferenz in Guatemala ankündigte, dass er den Antrag auf Landesverweilpflicht (Hausarrest) des Ex-Präsidenten beantragen werde, da Indizien für dessen Beteiligung am Fall *Conexión Panama* gefunden wurden, eben dieser das Flugzeug gen Mexiko bestieg. Dabei hatte gerade der Staatsanwalt die ganze Zeit versichert, dass es keine Beweise für eine Anklage gebe und kürzlich ein weiteres Mal beantragt, den Fall zu schliessen.

Auch wenn aufgrund dieser Um-

stände die Ankündigung der Verweilpflicht durchaus ermutigend ist für die lokale Justiz, ist sie lange kein "Fortschritt, der die Effizienz der Staatsanwaltschaft belegt", den de León Argueta bei manchem offiziellen Akt beliebt zu verkünden. Vielmehr erscheint sie wie eine Reaktion auf eine gewisse "zwingende Macht", über die der neue Präsident Oscar Berger offenbar verfügt, und die dem Staatsanwalt schon immer gefehlt hat.

Die Flucht von Portillo beinhaltet nicht nur den verdächtigen und unnormalen Bestandteil, sich auf salvadorianischem Territorium vollzogen zu haben (obwohl es auch Direktflüge von Guatemala nach Mexiko gibt), sondern es ist aufgrund aller aufgezeigten Fakten schwierig zu glauben, dass sie nicht in Komplizenschaft mit de León Argueta geschmiedet worden war."

Laut *Siglo XXI* "ist jetzt der Moment gekommen, dass die Transparenz wieder zur nationalen Angelegenheit wird und nicht nur eine Forderung an die Autoritäten darstellt. Es können nicht mehr einfach Beweise versteckt werden. Es muss das Bankensystem untersucht, in Dokumenten und Schecks gestöbert werden, bis die Wahrheit ans Licht kommt. Ein grosser Schritt im Kampf gegen die Korrupten ist vollzogen, der damit erst begonnen hat."

Es geht ums Land

Guatemala, 13. Feb. "In Guatemala findet die Justiz in Sachen Finca-Räumungen schnell und einfach Anwendung. Ganz anders dazu verhält es sich, wenn es um die Anerkennung und Durchsetzung von Gerichtsurteilen zugunsten der auf den Fincas Arbeitenden geht," so Álvaro Ramazzini, Bischof von San Marcos. Über dem Recht auf Landbesitz solle das Recht auf Subsistenz und Überleben stehen und in den Konflikten Priorität darstellen, so Ramazzini. Gemäss den Aussagen des Bischofs wurde das im letzten Jahr von der FRG-Regierung mit viel Brimborium verabschiedete Sozialkrisenprogramm für arbeitslose bzw. entlassene BäuerInnen noch nicht einmal zu 20% erfüllt.

Währenddessen summieren sich seit Januar – und der Regierungsübernahme durch Präsident Berger, der in seiner Wahlkampagne die Schaffung von Lösungsstrategien für die Agrarproblematik versprach – die Berichte über die Situation der besetzten Fincas im Departement Quetzaltenango. Einen potentiell positiven Eindruck hinterlassen die Entwicklungen in San José los Encuentros, El Palmar, wo sich nach viermonatigen Verhandlungen unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft, der katholischen Kirche, des Menschenrechtsprokurats (PDH) und dem staatlichen Landfond FONTIERRAS die BewohnerInnen dazu bewegen liessen, die Finca auf friedliche Weise zu verlassen. Als Gegenleistung vertrauen sie auf die Zusage von FONTIERRAS, sie innerhalb von 90 Tagen an einem anderen Ort wieder anzusiedeln. Dieser Zeitraum bleibt abzuwarten, um das Verhandlungsergebnis endgültig zu bewerten.

Die Erfüllung einer von der *Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission* CIDH ausgestellten Verfügung

bleibt auch auf der Finca San Juan Horizonte, Coatepeque zu erwarten. Im Frühsommer 1994 hatten 90 Arbeitende des Unternehmens „La Exacta“ die Finca besetzt und die Auszahlung von ausstehenden Löhnen und Lohnzusatzleistungen gefordert. Entlassen worden waren sie, da sie sich gewerkschaftlich organisiert hatten. Im August wurde die Finca durch Spezialeinheiten von Militär und Polizei gewaltsam geräumt, vier BäuerInnen wurden dabei getötet, elf weitere verletzt. Der Gewerkschaftsverband UNSITRAGUA reichte zusammen mit dem Menschenrechtszentrum CALDH vor der CIDH Klage ein. Deren Entscheidung verpflichtet den guatemaltekischen Staat, aufgrund der Einmischung der Staatsgewalt in die Räumung, nun zur Zahlung von rund US-\$ 120'000 – ursprünglich waren ca. US-\$ 2,75 Mio. gefordert worden – ferner die Disposition eines Mindestwohnstandards und einer Basisinfrastruktur für die Betroffenen. Der Unternehmensbesitzer muss laut CIDH 70 der Arbeitenden wieder einstellen sowie allen die fehlende Gehaltszahlungen gewähren. Die Entschädigungszahlungen sollen an die Familien der Opfer gehen und zum Kauf von Land genutzt werden.

Gar nicht gut dagegen sieht es auf den Fincas La Merced und María de Lourdes, Génova Costa Cuca, aus (vgl. ¡Fijáte! 299). Eine davon ist im Besitztum einer nahen Verwandten der Ehefrau Oscar Bergers. Die Ende November im Zusammenhang mit der Forderung auf Gewährung von Arbeitsrechten durch rund 250 Familien besetzten Fincas wurden nur eine Woche, nachdem Berger das Präsidentenamt übernommen hat, von 400 „Antiaufstandsspezialkräften“ der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) geräumt. Weder wurden die juristischen

Verfügungen, die seit 11 Jahren den Arbeitenden Recht zusagen, respektiert, noch konnte eine gemeinsame Vermittlungskommission der katholischen Kirche, dem PDH, der Staatsanwaltschaft und der PNC, gewaltsame Interventionen verhindern. Nun kampieren die Familien am Strassenrand.

Plataforma Agraria weist im Besonderen auf die Tatsache hin, dass entgegen aller Wahlversprechen Bergers nicht nur jegliche Verhandlungsprozesse gekappt werden, sondern zudem Räumungsanweisungen und sogar Festnahmen von BäuerInnenvertreterInnen realisiert werden. Dass es sich in diesem Fall zudem um familiäre Machenschaften des Präsidenten handelt, sei nicht zu übersehen.

Anderorts geht es nicht primär um Arbeitsrechte. So wurden vor einigen Jahren in der Gemeinde Las Tepas, Cuyotenango im Departement Suchitepéquez Angehörige der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) angesiedelt. Gemeinsam übernahmen die ursprünglichen BewohnerInnen und die ZuzügerInnen die örtliche Finca, zerstritten sich jedoch ob der Frage nach kollektiver bzw. individueller Landbestellung. Eine gewalttätige Auseinandersetzung hatte Anfang des Jahres einen Toten und die Flucht der angegriffenen ehemaligen Guerilla-Aktiven zur Folge. Die Situation ist noch ungeklärt.

Auf der Finca El Maguey, Fraijanes im Departement Guatemala dagegen sind die Besitzverhältnisse zwischen dort lange lebenden und arbeitenden BäuerInnen und dem Militär ungeklärt, vorherige Regierungsvereinbarungen widersprüchlich – und dem Urteil durch das Verfassungsgericht zugunsten der Zivilbevölkerung wird auch hier keine Beachtung geschenkt.

UBS empfängt KritikerInnen

Zürich, 16. Feb. Nachdem im letzten Sommer die Vermittlung der so genannten Friedensanleihen auf dem internationalen Finanzmarkt durch die Schweizer Bank UBS sowohl in Guatemala als auch in der Schweiz Proteste auslöste, sah sich die Chefetage der Bank gezwungen, eine Delegation der Schweizer Sektion von *Amnesty International* zu empfangen. Gemäss Informationen dieser Delegation war das Geschäft für die UBS ein Routinegeschäft, das "nicht mal viel eingebracht" habe. Gestützt habe man sich auf das vom *Internationalen Währungsfond* (IWF) unterzeichnete Stand-by-Abkommen mit der guatemaltekischen Regierung, das

sowie ein Empfehlungsschreiben für interessierte Investoren sei. Das Thema Geldwäsche werde bei der Bank offenbar bei Kontoeröffnungen oder Geldgeschäften mitgedacht, gemäss UBS sei die Bank jedoch noch in einem "Suchprozess, wie mit dem Thema Menschenrechte umgegangen werden kann".

Auf parlamentarischer Ebene hatte die grüne Nationalrätin Cecile Bühlmann am 3. Oktober 2003 eine Interpellation an den Schweizer Bundesrat eingereicht, in der sie u.a. anfragte, ob die Schweizer Regierung von dem Geschäft gewusst habe, und wie der Bundesrat mit dem Imageverlust der Schweiz in Guatemala und auf internationaler Ebene umzuge-

hen gedenke. In seiner Antwort vertritt der Bundesrat die Haltung, dass "private Unternehmen in Eigenverantwortung und im Rahmen geltender Gesetze die Chancen und Risiken für ihre Geschäfte selber abschätzen müssen." Die von Guatemala ausgegebene Staatsanleihe stütze sich auf ein mit dem IWF ausgehandeltes Wirtschaftsprogramm, dessen Ziel eine Verbesserung der Transparenz wirtschaftspolitischen Handelns in Guatemala sei.

Bühlmann gab sich mit der Antwort nicht zufrieden. So wird die Anfrage voraussichtlich in der kommenden Märzsession des Schweizer Nationalrates erneut auf den Tisch kommen.

Trauriger Rekord in Frauenmorden

Guatemala, 17. Feb. Eines der Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Gewalt, mit der guatemaltekeische Frauen konfrontiert sind, sei die herrschende Straflosigkeit, befindet die *UN-Sondergesandte für Gewalt gegen Frauen*, Yakin Ertürk, die vom 8. bis 14. Februar das Land besuchte. Innerhalb der letzten drei Jahre sprechen die Statistiken von rund 1'100 Morden an Frauen, davon wurden 353 laut dem Netzwerk *Keine Gewalt gegen Frauen* im Jahr 2003 begangen – über 50 mehr als im Jahr zuvor – während 25'500 Klagen wegen familiärer Gewalt bei zuständigen Institutionen eingegangen seien. Die meisten Frauen sind mit Schusswaffen getötet worden. Allein seit Anfang des Jahres wurden 24 tote Frauen registriert. Bei all diesen Angaben handelt es sich um offizielle Zahlen, die Dunkelziffer wird noch deutlich darüber liegen. Ein Bruchteil dieser Morde wurde überhaupt strafrechtlich aufgenommen und aufgeklärt. Diese Zahlen überschreiten bei weitem diejenigen von Mexiko, wo vor allem die Frauenmorde in Ciudad Juárez, an der US-amerikanischen Grenze, Weltberühmtheit erlangten.

Die besondere Aufmerksamkeit der Sondergesandten weckten die hohen Raten sexueller und häuslicher Gewalt, was ihrer Meinung nach an der fehlenden Ernsthaftigkeit liege, mit der die verantwortlichen Autoritäten die Problematik angehen. Entsprechend dringend sei es, so Ertürk, die notwendigen Reformen des Strafgesetzbuches und des Gesetzes gegen sexuelle Verfolgung zu verabschieden. Der Stärkung der Justiz und der Strafermittlung – inklusive der Staatsanwaltschaft, deren Kapazität sie hinsichtlich der Aufklärung der Morde-

benämigte – sei Priorität einzuräumen.

Der Mord an vier Frauen allein während ihres Aufenthaltes im Land, die exzessive Gewaltanwendung von Seiten der Verantwortlichen in Zusammenhang mit der Rebellion im Frauengefängnis Santa Teresita (siehe separater Artikel) und Berichte feministischer Organisationen liessen die Yakin Ertürk Guatemala als das Land mit den erschreckendsten Zahlen bezüglich der Gewalt gegen Frauen in der Region einstufen.

Marta Godínez, Mitglied des *Frauensektors der Zivilgesellschaft* bewertete den Besuch von Ertürk als dienlich, um die Problematik der Gewalt gegen Frauen in die öffentliche Debatte zu rücken. Das Thema müsse sich in eine Staatsangelegenheit verwandeln und dürfe nicht Sache der Frauen bleiben, so Godínez.

Für die unabhängige Analystin Ana Silvia Monzón ist der Verweis von Ertürk an die Verantwortlichen in der Staatsanwaltschaft (MP) und an die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) von grosser Transparenz, sind Frauen doch schon immer Objekt des Missbrauchs just dieser staatlichen Dependenz, die den Tätern erlauben, straflos zu bleiben. Das Menschenrechtsprokurat (PDH) spricht von einer "sozialen Säuberung" und verdächtigt in acht von 65 untersuchten Frauenmorden, die im letzten Jahr begangen wurden, eine direkte Beteiligung von Polizeikräften.

Sowohl Monzón als auch Frank LaRue, Leiter der *Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH) verweisen auf die Notwendigkeit, die Empfehlungen der Sondergesandten, die bis Ende des Jahres offiziell dem Staat überreicht werden, zu respektieren

und so bald wie möglich durch die staatlichen Institutionen und Frauenorganisationen umzusetzen. Ebenso sei der *Nationale Plan gegen Gewalt*, kürzlich von der *Koordinationsstelle für die Prävention der familiären Gewalt* (CO-NAPREVI) präsentiert, als Staatspolitik zu übernehmen. Dazu gehört in erster Linie, den entsprechenden staatlichen Stellen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um adäquat agieren zu können. So entbehrt die *Staatsanwaltschaft für die Frau* beispielsweise ausreichend Fahrzeuge, Unterkünfte zur Notunterbringung bedrohter Frauen und Möglichkeiten, den ZeugInnen von Gewaltverbrechen ausreichend Schutz zu bieten.

Derweil beschlossen die Aussenminister von Guatemala und Mexiko am 8. Treffen der binationalen Kommission, die Position der Frauen in den beiden Ländern sowie die Zusammenarbeit der jeweiligen staatlichen Sekretariate für Frauenbelange zu stärken. Auf dem Papier bedeutet das, die von beiden Ländern unterzeichneten internationalen Abkommen bezüglich der Rechte von Frauen im staatspolitischen Alltag zu berücksichtigen, was es in der Praxis heisst, wird sich zeigen.

Am selben Treffen wurden auch neue Massnahmen beschlossen, um die gemeinsame Grenze besser zu kontrollieren und den Menschen- und Drogenhandel zu unterbinden. Diese Massnahmen werden unweigerlich eine Militarisierung der Region mit sich bringen, doch in diesem Zusammenhang wurde bereits nicht mehr über die Rolle von, bzw. die Auswirkungen der beschlossenen Massnahmen auf Frauen gesprochen.

Mit Tränengas gegen Gewalt

Guatemala, 18. Feb. Dreimal im laufenden Jahr haben Häftlinge im Jugendgefängnis *Las Gaviotas* bereits den Aufstand geprobt und konnten zuletzt nur mit Hilfe von Tränengas durch Spezialkräfte der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) in Schach gehalten werden. Fünf der PNC-AgentInnen und drei der Jugendlichen wurden dabei krankenhaushausreif verletzt. Weder der Nationale Sicherheitsbeauftragte Otto Pérez Molina noch Mitglieder des Menschenrechtsprokurats und des Präsidentialen *Sozialen Wohlfahrtssekretariats* hatten Vermittlungserfolg. Die jungen Straffälligen verschanzten sich wiederholt in der Einrichtung und forderten Veränderungen der Haftbedingungen, u.a. die

Verbesserung der Mahlzeiten, die Erlaubnis von Besuchen ihrer Beziehungspartnerinnen, die Installation eines öffentlichen Telefons, die Erlaubnis, zivile Kleidung zu tragen, etc. Zudem beklagten sie den Autoritätsmissbrauch von Seiten der Verantwortlichen, die von Mal zu Mal repressiver wurden.

Auch im Frauengefängnis *Santa Teresita* konnten die Verantwortlichen nur mittels Polizei und Tränengas die Kontrolle zurückgewinnen, die sich die inhaftierten Frauen ebenfalls zum wiederholten Male angeeignet hatten. Gründe für die erste Meuterei im Januar waren eine überraschende Razzia, gegen die sich einige der Inhaftierten wehrten, sowie die Ablehnung der Di-

rektorin der Einrichtung, Lourdes Miranda, und die mangelhafte medizinische Betreuung der Kinder der Häftlinge.

Zur "Disziplinierung" wurde der protestierenden Gruppe das Besuchsrecht verweigert, was zum zweiten Aufstand führte.

Am meisten unter dem Tränengasmanöver litten die Kinder der inhaftierten Frauen. Zehn von ihnen wurden nach dem zweiten Vorfall in externen Einrichtungen untergebracht und medizinisch untersucht. Zwei der angeblichen Anstifterinnen wurden von der Gruppe getrennt – und die Direktorin durch eine andere ersetzt. Somit wurden immerhin zwei Forderungen der inhaftierten Frauen in Ansätzen erfüllt.